

Arbeiterwohlfahrt, Landesarbeitsgemeinschaft

ARBEITERWOHLFAHRT
Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn Karl-Josef Denzer MdL
Haus des Landtags

4000 Düsseldorf 1

Marktstraße 23 · 4800 Bielefeld 1

☎ (05 21) 5 80 02 - 44
oder 5 80 02 - 0

Zuständig:

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Akt - Zeichen

Datum

Diktat-Zeichen

12.02.1986

St-S/W

mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Landtags

An den
Minister für Arbeit, Gesundheit
und Soziales
Herrn Hermann Heinemann
Horionplatz 1

4000 Düsseldorf 1

Betr.: Landeshaushalt 1986

hier: Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer



Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Integration der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer ist es erforderlich, Maßnahmen, Einrichtungen und Dienste zu unterstützen, die diesem Ziel gerecht werden. Die unsichere Lage der ausländischen Familien, die bereits Konsequenzen in der Weise zeigt, daß die Zahl der psychischen und psycho-somatischen Erkrankungen sowie der Ratsuchenden ansteigt, zwingt zu einer besonders engagierten Hilfe und erfordert eine umfangreiche Ausweitung des Förderansatzes.

Die Integration der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer ist noch nicht erreicht. Die Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege haben auf vielfältige Weise Bemühungen zur Erreichung dieses Ziels unterstützt, indem sie entsprechende Maßnahmen durchgeführt und durch den Einsatz von Sozialberatern entsprechende Hilfen geleistet haben. Eine Ausweitung von Maßnahmen zur Verbesserung des Miteinanders als Schwerpunkt aktiver Integrationspolitik durch Veranstaltungen für Ausländer und Deutsche setzt aber auch eine entsprechende Förderung des Landes voraus,

die deutlich über das bisherige Förderungsvolumen herausragen muß, damit die Durchführung bestehender Maßnahmen/Programme gesichert und neue Schwerpunkte abgedeckt werden können, z.B. Arbeit mit ausländischen Frauen, Hilfen für ausländische Kinder vor der Einschulung, die bislang keinen Kindergartenplatz erhalten haben, Maßnahmen für Arbeitslose, arbeitslose Jugendliche, sozialpädagogische Stützmaßnahmen für Jugendliche im Übergang Schule/Beruf, Elternarbeit.

Für die Freie Wohlfahrtspflege gilt dabei insbesondere:

1. Der Haushaltsansatz "Personalkostenzuschüsse Sozialberater" muß, da er in den letzten Jahren keine Steigerung erfahren hat, aufgestockt werden.
Dies ist, nach Ansicht der Betreuungsverbände, auch im Hinblick auf die zwischen dem Bund und den Ländern erfolgte Absprache, daß die Finanzierung zu jeweils 50 % angestrebt werden soll, notwendig.
2. Zentren und Freizeiträume haben einen hohen Stellenwert bezüglich der Integrationsarbeit.
Die Finanzierung der Betriebskosten von Zentren und Freizeiträumen ist wegen der eingegangener Verpflichtungen (Mietverträge usw.) notwendig.
Auch hier erfolgt eine Verteuerung durch steigende Kosten. Die Abdeckung der bestehenden Verpflichtungen muß gewahrt bleiben.
3. Umbau, Einrichtung und Renovierung von Zentren und Freizeiträumen.
Da diese Position in den vergangenen Jahren nicht angehoben worden ist, sondern auch eine Kürzung erfahren hat, ist hier ein starker Nachholbedarf festzustellen. Diese Mittel sind notwendig, um die Erhaltung der bestehenden Einrichtungen zu gewährleisten.
4. Dankenswerterweise wurde im Landeshaushalt 1985 eine Ausweitung der Position "Förderung von Maßnahmen zur Stützung der Integration" vorgenommen. Wir würden es begrüßen, wenn auch im Landeshaushalt 1986 diese Position nochmals angehoben werden könnte. Auf keinen Fall sollte eine Kürzung erfolgen.
In vielfältiger Weise können Veranstaltungen durchgeführt werden, die Benachteiligungen ausländischer Kinder, Jugendlicher und Erwachsener abbauen, Begegnungsmöglichkeiten schaffen und dadurch mit dazu beitragen, die Möglichkeiten des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Ausländern zu stärken. Der Förderung von Maßnahmen zur Selbsthilfe kommt dabei eine besondere Rolle zu. Im Rahmen dieses Förderungsbereiches haben die Einschulungshilfen für ausländische Kinder

Erfolg gezeigt. Sie sollten beibehalten werden, solange nicht sichergestellt ist, daß ausländischen Kindern ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Eine entsprechende Ausdehnung der jeweiligen Maßnahmen ist erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

ARBEITERWCHLFAHRT
LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
NORDRHEIN-WESTFALEN

gez. Erwin Düker
Vorsitzender



i.A. Wolfgang Stadler-Suchla